

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. November 1920

Anzeigenpreis: Bereits-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Anst.-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 132

Gewerblicher Rundblick

Sei lewe! Der Arbeitgeberverband für das deutsche Buchdruckgewerbe. Aber er leidet an verdrücklicher Altersschwäche und ist auf der Suche nach einem Unterhalt bei den ganz Großen der organisierten „Serren im Saule“. In einem uns gleich dudenweise zugestalteten Flug- und Werbeblatt wandle sich der Zentralrat dieses rechtssozialwissenschaftlichen Unternehmens (unterzeichnet von M. Eichenhagen [Stolz, P.], D. Meusel [Neurupp] und der H. Reismann-Große [Eisen]) kurz vor der diesmaligen Tarifberatung an die deutschen Buchdruckerzeile, um sie zur Umkehr von ihren bisherigen Irrwegen auf organisatorischem Gebiete zu beschwören. Neun Zehntel dieser Geistesbeschwörung sind jedoch als alle abgefallene Ladehüter zu bewerten und das letzte Zehntel liegt sozusagen in der Luft und füllt die Atmosphäre um jeden reaktionären Schließel der Gegenwart aus. In den Bestrebungen der Gesellschaf auf ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht in Preisstariffragen erkennen diese Herren eine „starke Sozialisierung“. Dagegen wäre es nach ihrer Ansicht besser gewesen, dem „ungeheuren Vermögen des Verbandes irgendwelches Gleichwertiges“ gegenüberzustellen; denn es ist klar, daß „das Vermögen des Verbandes in erster Linie durchaus sozialen Angriffen dienen soll“. Arm und verlassen wie eine Kirchenmaus orakelt dann das Trifolium Eichenhagen-Meusel und Reismann-Große weiter: „Am so mehr wäre es dringend notwendig gewesen, Salt und Kraft zu suchen durch engsten Anschluß an die andern Industrien und Gewerbe. Nachdem die Hamburger und Berliner großen Arbeitgeberverbände sich verschmolzen haben, umfaßt nunmehr die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ nahezu sämtliche Arbeitgeber (außer den landwirtschaftlichen), sie vertritt eine ungeheure Anzahl von Angestellten und Mitarbeitern und repräsentiert in ihren Werken vielseitig die Hälfte des deutschen Reichsvermögens überhaupt. Nur durch Anschluß an diese gewaltige Vereinigung kann unter verhältnismäßig kleinen Gewerbe sich behaupten, wenn es einmal in große Bedrängnis gerät. Statt dessen hat sich der Prinzipalsverein gesittlich dieser Vereinigung aller Industrien ferngehalten und nur einen losen Anschluß gefunden an eine ziemlich belanglose lokale Organisation von Arbeitgebern, so daß es den Anschein erweckt, als wenn in unserm Berufe Kreise tätig sind, welche die Rettung des Gewerbes im Ernstfall überhaupte gar nicht wollen.“ Wie man daraus erleben kann, selbst es den Herren an Vertrauen zu sich selbst. Es geht ihnen akkurat so wie den Linksreaktionären. Sie schielen nach der Hilfe und Gnade fremder Organisationen. Sie rücken ihre Blicke nicht mehr nach Leipzig, sondern nach Hamburg, alwo bekanntlich die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ ihre Waffenschmiede sowohl zur Bekämpfung der organisierten Arbeiterkraft wie auch zur Diktatur der Großen über die kleinen Unternehmer hat. Dann kommt der Clou dieses Vorschreies in einer Fanfare gegen das „Rätegesetz“. Dieses ist Arm in Arm mit allen übrigen Unternehmerverbänden als „Sozialisierung“, die die Beseitigung aller Disziplin, die Auflösung der Industrien und den allgemeinen Ruin bedeute, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Denn nach ihren Informationen sei zu befürchten, „daß, wie bisher, es Führer der Buchdruckereien gibt, die um augenblickliche Konzessionen, z. B. hinsichtlich der Lohnhöhe, zu erreichen, Rechte preisgeben, welche für die Aufrechterhaltung des Betriebs und die Rentabilität viel wichtiger sind“. Es sei daher schroff jede Verbindung von Tarif und Rätegesetz abzulehnen. Zu diesem Zweck sollte durch die Errichtung eines starken Arbeitgeberverbandes dem Buchdruckgewerbe ein festes Rückgrat gegeben werden. Damit aber zuguterletzt die Logik dieses Aufrufs zum Anschluß an den Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe doch nicht allzu erschütternd wirkt, erklären sich die schon genannten Unterzeichner bereit, sich mit jeder andern Organisation, die im selben Sinne tätig sein will, zu verbinden oder zu verschmelzen. Wogu wir den Herren die besten Empfehlungen mit auf den Weg geben möchten. Denn sie werden in jeder andern Organisation jedenfalls noch viel weniger zu logen haben, als in ihrer eignen, und damit sowohl dem Gewerbe wie dem Lande weit weniger schaden als bisher.

wohl aber dennoch eine nach Landesgruppen zusammengelebte Nebenorganisation dar, die alle tariflichen Angelegenheiten, welche die Redakteure, die kaufmännischen Angestellten und die Zeitungsträgerinnen betreffen, zu regeln hat. Dessen Leitung tritt mit den Organisationen, wie Reichsverband der Presse, den verschiedenen Organisationen der Angestellten und dem Transportarbeiterverband in Verbindung, wenn es den örtlichen Zusammenschlüssen oder den Landesgruppen des „Arge“ nicht gelungen ist, mit den betreffenden Ortsgruppen der Angestellten oder Arbeitern zu einer Einigung zu kommen. Der „Arge“ hat außerdem die Aufgabe, alle Fragen des Arbeitsrechts zu bearbeiten, die Rechtsprechung zu sammeln und ihre einheitliche Auslegung und Durchführung für das Zeitungsgewerbe zu sichern und herbeizuführen. Dagegen werden alle Angelegenheiten, die die Seher, Drucker und Hilfsarbeiter der technischen Abteilungen eines Zeitungsbetriebes betreffen, durch den Deutschen Buchdruckerverein erledigt.

Im einheimischen Vorgehen und eine geschlossene Front der Buchdruckerzeile und Zeitungsverleger zu stellen, wurde vor einigen Wochen die frühere sogenannte Abwehrorganisation der deutschen Zeitungsverleger (Vorstand Rudolf Wille) zu einer Schutzmgemeinschaft der tarifstreuen Buchdruckereien und der Zeitungsverleger umgewandelt. Buchdruckerzeile und Zeitungsverleger haben in dieser Schutzmgemeinschaft gleiche Rechte und Pflichten. Sie soll nach ihren Satzungen in Tätigkeit treten, wenn es sich darum handelt, „unberechtigte Forderungen“ der technischen und Verlagsangestellten zurückzuweisen, wenn beide gemeinsam vorgehen sollten. Beim letzten Streik der Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe trat diese Schutzmgemeinschaft zum erstenmal in Tätigkeit und erstte dabei die unsern Lesern bekannten „Vorbeeren“.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch noch den vom Schiedsgerichte des Reichsarbeitsministeriums über die Frage, ob den in Berliner Zeitungstreik (Mitte Oktober) entlassenen Arbeitern der Lohn voll zu zahlen sei, nachträglich gefällten Schiedsspruch im Wortlaut abdrucken. Er lautet:

In einem Streit liege in der tatsächlichen Verweigerung der indirekten Streikarbeit eine Arbeitsverweigerung, die zu tariflicher Entlassung berechtige. Die bloße Erklärung aber, daß ein Arbeiter indirekte Streikarbeit nicht leisten werde, berechtige zu einer Entlassung nicht. In dem vorliegenden Falle werden die Arbeitgeber trotzdem zur vollen Bezahlung der Streiklöhne verurteilt, weil sie den vom Buchdrucker tarif vorgeschlagenen Schiedsweg nicht voll erschöpft hatten, als sie Entlassungen vornahmen.

Wir müssen gestehen, daß, so selbstverständlich wir auch dem materiellen Teil dieses Schiedspruchs halten, der prinzipielle Teil uns recht schleierhaft erscheint. Daß die tatsächliche Verweigerung indirekter Streikarbeit im Fall eines Streiks eine Arbeitsverweigerung darstellt, die zu tariflicher Entlassung berechtige, kann durch diesen Schiedspruch wohl diktiert aber für die Arbeiterkraft nicht zur Überzeugung gestempelt werden. Wir haben unsre Ansicht über den Begriff indirekter Streikarbeit in Nr. 122 des „Korr.“ in ausführlicher Weise dargelegt. Der Schiedspruch deckt sich damit nicht, weil er sich anscheinend lediglich auf juristische und nicht auf moralische Gründe stützt. Eine ausführliche Begründung ist uns für diesen Schiedspruch noch nicht zu Gesicht gekommen; weshalb wir auch nicht nachprüfen können, inwieweit seine Begründung die in solchen Fällen ausschlaggebenden psychologischen Erlebnisse unterstüzt. Wir sind ferner der Ansicht, daß der zweite Satz des Schiedspruchs, der einen wesentlichen Unterschied zwischen „Erklärung“ und Handlung macht, nicht berücksichtigt, daß ein Willensausdruck je nachdem wirksamer sein kann als eine Handlung. Die Entschuldigungsverantwortung über diese Forderung auf Antrag des Vorstehenden beschlossen wurde, keinen andern Bericht als den vom Vorstand herausgegebenen zu veröffentlichen. Für eine Korporation, die den Schatz der öffentlichen Meinungs-

freiheit auf ihre Fahne geschrieben haben will, jedenfalls eine sehr bedenkliche Zählung. Diese tritt um so markanter in Erscheinung, wenn man diesen Beschlüsse gegenüberstellt, daß die gleiche Tagung bezüglich der von der Fremdherrschaft in den besetzten deutschen Gebieten der Presse ständig auferlegten Beschränkungen eine Entschließung labte, in der es heißt: „Wir stellen vor aller Welt fest, daß das unveräußerliche Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht, sich reslos für das Deutschland in deutschen Landen einzuleben, unsern Mitgliedern im besetzten Gebiete geschmäht, wenn nicht genommen ist. Wir fordern die verantwortlichen Stellen auf, in entscheidender Weise gegen die Beschränkung Einspruch zu erheben...“ Das hört sich ganz gut und mutig an, aber es sollte damit die Praxis im eignen Bereiche doch nicht so im Widerspruch stehen, wie sie hier bezüglich der Berichterstattung über diese Tagung zum Ausdruck kam. Auch sonst können die in Hannover verammelt gewesenen Zeitungsverleger hinsichtlich der Meinungsfreiheit sehr engbegrenzten Anschauungen gebührend zu haben. Denn als bei der Vorstandswahl der Vertreter des Verlags der „Magdeburgischen Zeitung“, Direktor Wille, Einspruch gegen die Wiederwahl Dr. Fabers erheben wollte, wurde die Zulassung des Einspruchs „unter lebhaftem, andauerndem Beifall der Versammlung“ abgelehnt. Als darauf der genannte Direktor beantragte, seinen Einspruch begründen zu dürfen, wurde auch dieser Antrag ohne jede Zustimmung abgelehnt. Der vom Vorstand herausgegebene Bericht stellt hierbei sogar wörtlich folgendes fest: „Die Anruhe der Versammlung fegert sich dabei zu lebhaften Zwischenrufen und drastischen Bemerkungen über den Antragsteller.“

Die Festlegung der Mitgliedsbeiträge führte zu dem Beschlusse, für das laufende Jahr den zehnfachen Beitrag des bisherigen Beitrags nachzugeben, nachdem schon früher der fünfmalwanzigfache Beitrag erhoben wurde. Wie hoch dadurch die Belastung der Mitglieder in Wirklichkeit wird, ist aus dem Berichte nicht ersichtlich. Diese Frage zählt jedenfalls zu den „Geschäftsgeheimnissen“, vor denen die Öffentlichkeit nichts erfahren soll. Erwähnenswert ist noch, daß der „Zeitungsverlag“, das amtliche Vereinsorgan, mit einer jedenfalls sehr erheblichen Unterbilanz abschließt. Die Redaktion erklärt dieses Defizit jedoch als rein „bilanztechnisch“. Denn es seien die an die Mitglieder abgegebenen 1100 Exemplare im Einzelbetrage von je 36 Mk. (39.600 Mk.) sowie 40 Seiten Anzeigen zu je 1500 Mk. (60.000 Mk.) also zusammen rund 100.000 Mk. nicht in Rechnung gestellt.

Zu den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe wurde auf dieser Tagung durch den Vorstehenden Dr. Faber referiert und in dem Vorstandsberichte des „Zeitungsverlags“ folgendes veröffentlicht:

Wie er schon eingangs der Verhandlungen angedeutet habe, sei in einer eine Woche dauernden Tarifberatung mit den Vertretern des VZV, in Leipzig ein Entwurf zur Berücksichtigung der besonderen Interessen der Zeitungsdrucker hergestellt worden. Mehr liege sich bei dem aktuellen Stande der Dinge in einer öffentlichen Verhandlung nicht sagen. Aber die Orientierung der einschlagenden Politik brauche auch kaum vor Vertretern des Gewerbes geredet zu werden, denen die prinzipiellen Anträge der Gesellschaf bekannt seien. Mir sei es auch, daß die Tarifverhandlungen, an denen er mit Herrn Dr. Sunkel für den VZV teilnehmen werde, schwer und anstrengend sein würden. Er habe sich mit Herrn Dr. Sunkel dazu entschlossen, den Verein zu vertreten, da sie beide bereits aus den Vorverhandlungen in Leipzig beigezogen hätten. Das sei gewissermaßen ein Vorzeichen und er bitte deshalb um Bestätigung. Gleichzeitig bitte er zwei Stellvertreter für die Vertretung im Parlauskomitee zu ernennen, und zwar Herren, die in größter Nähe von Berlin wohnen und im Bedarfsfalle schnell zur Stelle sein könnten. Als Stellvertreter vorgeschlagen werden Herr Dr. Sunkel und Herr Zrowisch. Die Versammlung erklärt sich mit dieser Behandlung der Angelegenheit und der Wahl der vier Herren einverstanden.

Herr Dr. Sunkel, der Vorsitzende des VZV, gibt seiner besonderen Billigung dieser Behandlung der Angelegenheit Ausdruck und möchte als besonders erhellend die Entscheidung des Gremiums der absoluten Solidarität feststellen, daß beide Organisationen auch in den schwierigen Tariffragen verhandeln. Die Versammlung könne davon überzeugt sein, daß der VZV, betreift die gemeinsamen Interessen des gesamten Buchdruckgewerbes, zu vertreten und daß er in dieser Beziehung mit dem VZV, in Untereinheit an einem Stränge ziehen werde.

Zu der Frage der Papierbewirtschaftung wurde eine Entschließung angenommen, in der deren baldige Aufhebung zwar gemüht, jedoch der Zeitpunkt dafür gegenwärtig noch nicht als gegeben beurteilt wird, weil die inner- und außerpolitische Lage noch zu wenig scharf sei. Die Fortsetzung der Papierbewirtschaftung für die Wintermonate sei noch geboten, sollte aber nicht durch die Erzeugerverbände, sondern durch eine neutrale Stelle (Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe) erfolgen. Diese Stellungnahme der Zeitungsverleger gegen die sogenannten Erzeugerverbände ist in mehr als einer

Die schon in Nr. 123 an dieser Stelle beleuchtete Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger am 20. Oktober in Hannover verdient bezüglich ihrer damals noch nicht bekannten wesentlichen Verhandlungsergebnisse noch einer kurzen Nachlese. Beachtenswert ist dabei zunächst, daß bezüglich der öffentlichen Berichterstattung über diese Tagung auf Antrag des Vorstehenden beschlossen wurde, keinen andern Bericht als den vom Vorstand herausgegebenen zu veröffentlichen. Für eine Korporation, die den Schatz der öffentlichen Meinungs-

Der „Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe“, der „Arge“, stellt im Rahmen des Vereinszeitlicher Zeitungsverleger zwar keine besondere Sprache,

Sinnlich sehr beachtenswert. In erster Linie entspringt sie dem durchaus berechtigten Gefühl, daß durch die heutige Monopolstellung der Papierfabrikanten eine unerhörte Überverteilung der Papierverbraucher stattfindet. Diese Auffassung liegt jedoch ganz allgemein auch der Forderung der Sozialisierung des gesamten Produktionsprozesses zugrunde. Denn diese Forderung beruht in erster Linie auf der Erkenntnis, daß die bisherige einseitige Herrschaft aller privatkapitalistischen Erzeugerverbände, und damit auch die des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, befristet werden muß, wenn sowohl die Verbraucher wie die Erzeuger der Bedarfsartikel des täglichen Lebens in Zukunft vor privatkapitalistischer Ausbeutung geschützt werden sollen und die Mehrwerte der menschlichen Arbeitskraft nicht mehr in der Hand der Unternehmer oder Kapitalisten zugute kommen sollen. Zwar werden die Zeitungsverleger solche Konsequenzen aus ihren eigenen Beschlüssen nicht ziehen wollen, was aber uns nicht davon abhalten kann, ihren vorliegenden Beschlüssen bezüglich der Notwendigkeit einer Beteiligung der bisherigen Autokratie in der Papierbewirtschaftung trotzdem als sehr vernünftig zu bezeichnen. Aber wir leben außerdem auf dem Standpunkte, daß das, was für die Papierindustriellen gut sein soll, auch dem Zeitungsverleger ebensoviele Schaden kann. Übrigens möchten wir bei dieser Gelegenheit noch darauf aufmerksam machen, daß in dem Bestreben des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, seine Mitglieder mehr und mehr von der privatkapitalistischen Proflut der Papier-, Farben- und schließlich auch der Maschinenindustrie durch eine Wirtschaftsgemeinschaft mit eigenen Papieren, Farben-, Maschinenfabriken usw. unabhängig zu machen, ebenfalls nichts anderes zum Ausdruck kommt, als privatkapitalistische Erbsitten oder Profitgier in anderen Industrietellen mehr und mehr auszuschalten. Wir begrüßen diese Einsicht und Entwicklung. Sie liegt in der Richtung der von der Gewerkschaft zu den diesmahligen Tarifberatungen beantragten Errichtung eines Wirtschaftsrates, dessen Aufgabe es sein sollte, die Einkaufs-, Produktions- und Verkaufsbedingungen des Buchdruckgewerbes auf eine rationellere Grundlage im Interesse des Gewerbes und der gesamten Volkswirtschaft zu stellen. Es ist also das Bestreben des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wie auch des Deutschen Buchdruckervereins, diese Frage in der angebotenen Richtung zu lösen, für die davon betroffenen Unternehmerkreise in der Papier-, Farben-, Maschinenindustrie usw. im Grunde genommen nichts anderes als eine „Unterbindung der bisherigen Freiheit des Unternehmerrates“, wie dies vom Verein Deutscher Zeitungsverleger wie allen andern Unternehmerorganisationen gegenüber den neuzeitlichen Sozialisierungsforderungen der Arbeiterchaft tagtäglich zum Vorwurf gemacht wird. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger bleibt hier einen Anschauungsunterricht aus seiner eignen Praxis, den die Gewerkschaft mit größtem Interesse verfolgen kann, weil durch ihn die Berechtigung ihrer eignen diesbezüglichen Forderungen und Bestrebungen befestigt wird.

Politische Bezirksversammlungen?

Bezugnehmend auf die Erwiderung des Kollegen Schmidt in Nr. 121 des „Korr.“ auf meine Ausführungen Nr. 112 möchte ich noch folgendes bemerken:

Ohne unsre Führer in Schutz zu nehmen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß überall dort, wo die alten verpönten „Gewerkschaftsböden“ abgelagt und durch radikale Elemente ersetzt worden sind, diese Herrschaften bisher auch noch keine Vorbeeren ernten konnten. (Siehe Solgarbeiterverband und Metallarbeiterverband.) Im Gegenteil sind die Zustände im Solgarbeiterverband ziemlich zerstückelt, und selbst die radikalen Führer im Metallarbeiterverband mühen sich damals keinen andern Rat, als den verhassten Weg der Verhandlungen zu geben, nur mit dem Unterschiede, daß man dem Kind einen andern Namen gab. Des weiteren hat ja auch die „Korr.“-Redaktion ihre Meinung dazu geäußert, die sich Kollege Schmidt zu Herzen nehmen sollte, ohne sie jedoch von der heiteren Seite aufzulassen.

Wenn Kollege Schmidt sagt, daß auch bei Gewerkschaftsversammlungen „hinter und wieder“ ein politisches „Moment“ in die Debatte geworfen werden muß, so ist das ja wohl unvermeidlich und ich habe auch nichts dagegen. Wenn aber solche „Momente“ in politische Dauerreden ausarten, die wiederum erregte politische Auseinandersetzungen hervorruhen, wozu alle möglichen Artikel des „Vorwärts“, der „Freiheit“ und der „Rufen Gahne“ herhalten müssen, so wird einem dieses ewige Geleire zum -Kopfe! Ganz abgesehen davon, daß dadurch die Zeit unnütz verplempert wird, wird auch die sachliche Behandlung der Tagesordnung verhindert. Alle Kollegen, die auf dem Boden der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehen, haben daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß derartige politische „Aufklärungen“ und Moralphredigten, die ja Kollege Schmidt im letzten Absatz seiner Erwiderung selbst gibt, deren wir aber nicht bedürfen und dankend ablehnen müssen, im Interesse untrug Verbandes für die Zukunft unterbleiben. Und gerade jetzt ist wohl die Situation ernst genug, daß wir alle Ursache haben, uns mit Wichtigtuerern zu beschäftigen, als uns mit politischen Meinungsverschiedenheiten die Köpfe zu verhexen und die Zeit mit radikalen Proben zu vergeuden, denn was gelungen wird ist ja schließlich doch immer wieder nur daselbe Lied.

Wenn die Opposition die besternde Stand anlegen will, wie Kollege Schmidt sagt, so möge sie es tun durch praktische Mitarbeit. Die Versammlungen verleihe man aber gefälligst mit diesen fortwährenden „revolutionären“ Witzen und Stänkereten, damit wird vielen Kollegen der Versammlungsbesuch verehrt. Oder sollte das vielleicht

gerade der Zweck sein? Beinahe möchte man es annehmen.

Im übrigen möchte ich nur wünschen, daß mein Rat-schlag an die Versammlungsleiter in allen Berliner Bezirksversammlungen die nötige Beachtung finden möge, damit derartige politische Geränge, wie sie die Opposition in letzter Zeit auszuführen beliebt, überhaupt nicht mehr auf Tapet kommen können.

Berlin-Neuhöfn.

Felix Seidel.

Zur Faktorenfrage

Schon einmal war der Deutsche Faktorenbund gezwungen, in der „Graphischen Welt“ durch Bekanntmachung kundzutun, daß eine Hauptauschubstzung der Vertragsgemeinschaft nicht fagen konnte, weil vorangegangene Tarifberatungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen ergebnislos verlaufen waren. Hiermit wurde offiziell angegeben, daß die Vertragsgemeinschaft abhängig ist von der Tarifgemeinschaft. Aus diesem Vorkommnisse nun die richtige Schlussfolgerung zu ziehen, war dem Faktorenbunde bei dem Hin- und Herpendeln, an das er sich gewöhnt, nicht möglich. Und ja konnte denn nicht ausbleiben, daß in Nr. 44 der „Graphischen Welt“ der Vorsitzende des Faktorenbundes, Kollege Steinweg, seinen Geleuten wieder eine ähnliche Mitteilung machen mußte, nur mit dem Unterschiede, daß der diesmalige Reinfall noch größer ist. Die für den 29. Oktober in Aussicht genommene Hauptauschubstzung konnte nicht stattfinden, weil -- die Tarifberatungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen die beteiligten Prinzipale voll in Anspruch nehmen, eige Beteiligung von Faktorenbundsvorstellern an den Tarifberatungen wurde seitens der Kreisvertreter aber abgelehnt. Aus diesen Tatsachen werden nun von dem Kollegen Steinweg Folgerungen gezogen, die denn doch nicht so ohne weiteres zutreffen. Sämtliche Leistung des Faktorenbundes die reelle Arbeit gebt, an den Tarifberatungen teilzunehmen, so hätte man doch vor allem um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachsuchen müssen. Als Ausgehende aber in der Tarifgemeinschaft mitzuraten und zu raten, das ist doch wohl jenseit des Guten verfangt. Fingerzeige genug für ihr fernerer Verhalten sind der Leistung des Faktorenbundes gegeben worden, enthalten in der Berichtserfassung von den Gauverleberkongressen, von der Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, in zahlreichen Artikeln im „Korr.“ und nicht zuletzt aus ihren eignen Mitgliederkreisen. In allen Berufen, in denen Tarifverträge abgeschlossen werden, gibt es nur zwei Kontrahenten, und zwar auf der einen Seite den Unternehmer, der gibt, und auf der andern Seite den Arbeitnehmer, der empfängt. Ein Mittelding, als was sich nach den Auslassungen des Kollegen Steinweg die Mitglieder des Faktorenbundes fühlen, gibt es nicht. Selbst die Direktoren der größten Unternehmungen, die nicht gleichgültige Aktionäre sind, sind auch nur Arbeitnehmer. Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus gehandelt hätte, dann wäre es nicht schwer gewesen, sich auf die Seite zu stellen, wo man hingehört, und dann hätte man sich heute nicht darüber zu beklagen, daß die Gewerkschaft den Faktorenbund als Störenfried betrachtet. Wert des Erwähnten ist ferner die Feststellung des Kollegen Steinweg, daß auch den Prinzipalsvertretern im Tarifauschusse die beachtliche Mitwirkung des Faktorenbundes unangehen kam. Markt denn die Leistung gar nicht, daß es nur an ihr liegt, aus diesen Klippen herauszukommen? Geht die Entwicklung auf diesem Wege weiter, dann wird es nicht verwunderlich sein, wenn nach kommenden Tarifberatungen die Prinzipalsvertreter überhaupt keine Zeit mehr haben für die Vertragsgemeinschaft. Mit halben Maßnahmen ist der Faktorenbund nicht gedient. Diese Erkenntnis hat mitgewirkt bei Gründung der Freien Faktorenbundvereinigung. Dieser Mitgliederzugang beweist die Folgerichtigkeit unseres Handelns, dahin zu wirken, daß der Verband einer starken Faktorenparte die Anerkennung nicht verlagern kann und sich, wenn er die Realität der Absichten erkennt, auch mit den berechtigten Forderungen der Faktoren befreunden wird. Den Faktorenbund aber überlassen wir seiner Hilflosigkeit, die bereits zu Abspaltungen zu führen scheint. Diese Splitter könnten sich eventuell doch noch einmal in der so arg verpönten, nach „links“ gerichteten Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände „Afa“ wiederfinden.

Inser Kollege S. hat ja schon dem Artikelsschreiber -r. in Nr. 38 der „Graphischen Welt“ eine gebührende Ab-jahr zutell werden lassen. Die Ausführungen des Kollegen -r. sind bei jeder Rücksichtnahme auf die Kollegen in den Reihen des Faktorenbundes, die tatsächlich ihre Beiträge für eine nach „links“ gerichtete Organisation, den Verband der Deutschen Buchdrucker, abführen. Sie kennzeichnen die im Faktorenbunde vorherrschende Richtung, die nicht dazu angetan ist, den schon mehrfach angekündigten Reformen den notwendigen Untergrund zu verschaffen. Infolgedessen wird auch die Hoffnung des Kollegen Steinweg, daß es möglich sein wird, alle aufnahmefähigen Faktoren in den Bund hineinzubringen, nach dem fortwährenden Stasio auf gewerkschaftlichem Gebiet eben nur ein frommer Wunsch bleiben. Niemand wird wohl die Frage bei den Verbandsfaktoren spruchreif werden, wie lange es noch angebracht ist, dieser von keiner Angefellengruppe „abhängigen“, aber auch durch keine größere Gewerkschaftsgruppe gestützten Organisation anzugehören. Wir Mitglieder der Freien Faktorenbundvereinigung, die wir Wert darauf legen, nicht nur zahlende, sondern wirkliche Verbandsmitglieder zu sein, können in Ruhe die Entwicklung der Dinge abwarten. Die Zeit arbeitet für uns und sie schreibt schnell.

Brühl-Höfn.

M. Kl.-

Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1919

Traf der größten finanziellen und andern Schwierigkeiten ist es den freien Gewerkschaften möglich gewesen, ihre Arbeitersekretariate über die schwere Kriegszeit hinwegzubringen. Mit der Erhaltung dieser leistungreichen Einrichtungen ist dem werktätigen Volk ein unschätzbarer Dienst erwiesen worden. Nunmehr liegt nach der langen Kriegsdauer wieder eine Überflut über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen der freien Gewerkschaften während eines Friedensjahres vor. Die Zahlen zeigen ein gegen die Vorjahre wesentlich verändertes Bild. Obwohl das Jahr 1919 noch schwer unter den Folgen des Krieges zu leiden hatte, gewinnt man doch durch die Statistik die Überzeugung, daß die Friedensarbeit uns wieder aufwärts führt, sie gibt uns Kunde von einer erhöhten Regsamkeit auf einem der wichtigsten Gebiete der allgemeinen Volkswirtschaft.

Von den nach der Revolution in den Vordergrund gedrängten Sozialisierungsproblemen konnten die Arbeitersekretariate nicht unberührt bleiben. Da sie als gemeinnützige Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrt dienen, liegt der Gedanke ihrer Übernahme auf Staat und Gemeinde besonders nahe. Recht ausführlich beschäftigte sich eine in Verbindung mit dem zehnten Gewerkschaftskongress im Juni 1919 in Nürnberg abgehaltene Konferenz der Arbeitersekretäre mit dieser Frage. Die Erörterung fand ihren Niederschlag in einer von der Konferenz angenommenen Entschließung, die „eine Verstaatlichung und Kommunalisierung der Arbeitersekretariate nur dann für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft für förderlich hält, wenn den Sekretariaten ihre jetzt vorhandene Selbstständigkeit in vollem Umfange bewahrt bleibt.“ Man kann diese Voraussetzung nur unterstreichen. Der Wert der Arbeitersekretariate wurzelt in dem Vertrauen des werktätigen Volkes zu ihnen, da sie aus seiner eignen schöpferischen Kraft hervorgegangen sind. Dieses Vertrauen darf den Arbeitersekretariaten nicht verloren gehen, ihre Leiter müssen sich dauernd eines Sinnes fühlen mit dem Denken und Streben der Arbeiterchaft. Viel zu Großes haben die Arbeitersekretariate geleistet, um sie leichten Herzens eines Phantoms zuliebe preisgeben zu können. Inzwischen hat die Verstaatlichung und Kommunalisierung von Arbeitersekretariaten bereits eine praktische Gestalt angenommen. Das Arbeitersekretariat in Dessau ist vom 1. Juli 1919 ab eine Einrichtung der Gemeinde geworden; das Sekretariat in Rudolfsstadt ist in Staatsbesitz übergegangen. In verschiedenen Orten sind staatliche Arbeitersekretariate neu eingerichtet worden oder schon bestehende erhalten vom Staat oder Gemeinden erhebliche Zuschüsse. Man wird nun die Weiterentwicklung der Dinge abwarten müssen. Zunächst wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, den Ausbau ihrer Rechtsberatungs-einrichtungen weiter auf das tatkräftigste zu fördern.

Die Zahl der Arbeitersekretariate betrug am 1. Oktober 1919 135, gegen 129 im Jahre 1918. Von den gesamten Sekretariaten fanden 15 keine Berichte ein, so daß an der Statistik nur 120 beteiligt sind. Von den Sekretariaten wurden 88 direkt von den Ortsauschüssen und 22 von besonderen Ausschusskommissionen verwaltet, die übrigen unterliegen den beteiligten Organisationen. Die Kosten der Sekretariate der Ortsauschüsse werden in 94 Fällen aus den Ortsauschubskassen bestritten, darunter in 17 Fällen durch besondere für das Sekretariat festgelegte Beitragsleistungen, deren Ertrag jedoch den Ortsauschubskassen zugeführt wird. In 13 weiteren Fällen erfolgt die Kostendeckung durch Erhebung besonderer Beiträge, die den Sekretariaten direkt zustießen; es sind das die Sekretariate mit einer eignen von den Ortsauschüssen unabhängigen Kassenführung.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben liegen von 107 Sekretariaten vor. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 1815124 Mk. (1918: 790566 Mk.) und eine Gesamtausgabe von 1573588 Mk. (1918: 763831 Mk.). Die Kosten der Sekretariate haben sich gegen 1918 ganz gewaltig erhöht. Der Höhenanteil von dieser Steigerung entfällt natürlich auf die durch die Zumehrung und Geldentwertung gestiegenen Kosten der Verwaltung. Im geringeren Umfange kommt auch in Betracht die Vermehrung der Sekretariate und der Angestellten. Von den Einnahmen kamen 1421615 Mk. aus den Kassen der Ortsauschüsse, 132742 Mk. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 44938 Mk. aus den Kassen der beteiligten Organisationen. Letztere Summe ist jedoch nicht vollständig, da nur von einigen Sekretariaten des Bergarbeiterverbandes Angaben über die Kosten gemacht wurden. Zuschüsse vom Gewerkschaftsbunde wurden an 39 Sekretariate im Gesamtbetrag von 54145 Mk. geleistet. Der erhebliche Teil der Zuschüsse kommt für das erste Halbjahr 1919 in Betracht. Die durch das Anwachsen der Gewerkschaften bewirkte größere Leistungsfähigkeit der örtlichen Vereinigungen der Zweigvereine kam erst im weiteren Verlaufe des Jahres mehr zur Geltung. Von Parteifunktionären erließen 18 Sekretariate Unterstützung, die nach dem Kalenderbuche aufammen 7200 Mk. ausmachten. 11 weitere Sekretariate bekamen besondere Zuwendungen von Arbeiterunternehmungen und Genossenschaften, die zusammen 41360 Mk. betragen. Aus Staats- und Gemeindefonds wurden 26 Sekretariate beihilfen im Gesamtbetrag von 72600 Mk. gewährt. Im vorigen Jahre machten diese Unterfütungen nur 17522 Mk. aus, die sich auf 17 Sekretariate verteilten. Die Zahl der mit solchen Zuwendungen bedachten Sekretariate ist demnach um 9 gestiegen, auch sind viel höhere Summen zur Anwendung gelangt als 1918. Von den Ausgaben kommen im einzelnen: auf Gehälter und per-

fönliche Entschädigungen 1 021 708 Mk., auf Unterhaltung der Bureau 144 481 Mk. und auf den Posten Bibliothek, Handbücher, Drucksachen usw. 865 511 Mk. Die sonstigen Ausgaben belaufen sich auf 320 888 Mk.

Die Tätigkeit der Sekretariate hat sich im Jahre 1919 gegenüber den Vorjahren ganz erheblich gesteigert. Sowohl die Zahl der Auskunftsuchen wie auch die Zahl der erteilten Auskünfte und die der angefertigten Schriftsätze weisen eine starke Vermehrung auf. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über den Umfang der Tätigkeit der Sekretariate im Jahre 1919 im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorjahre seit 1913.

Jahr	Auskunfts- suchende insgesamt	Davon Arbeitnehmer		Erfolgreiche Aus- künfte	Unge- fertigte Schrift- sätze		
		männlich	weiblich				
1913	683 890	540 316	83,0	110 934	17,0	725 092	185 339
1914	848 475	466 849	76,4	143 845	29,6	692 590	180 361
1915	535 948	277 330	55,4	223 077	44,6	568 967	167 790
1916	526 365	251 420	51,0	241 296	49,0	558 947	177 293
1917	511 763	252 744	51,0	247 381	47,0	544 521	163 317
1918	530 685	278 430	53,8	277 006	53,4	565 558	171 132
1919	654 599	405 219	70,8	167 403	29,2	693 096	189 599

Es nahmen 1919 654 599 Personen die Sekretariate in Anspruch, gegen 530 685 im Vorjahre. Die Zahl des Berichtsjahres überragt die aller Kriegsjahre, fehlt jedoch hinter der des Jahres 1913 noch um 29 291 zurück. Von den Auskunftsnehmenden waren 572 622 = 87,5 Proz. der Gesamtzahl Arbeitnehmer und 33 214 Personen gehörten anderen sozialen Schichten an, außerdem wurden die Sekretariate in 3221 Fällen von Behörden und Korporationen in Anspruch genommen. Von den gesamten Auskunftsnehmenden wohnten 144 129 nicht am Orte des Sekretariats, sondern kamen von auswärts. Der im Jahre 1919 erfolgte Zustrom zu den Gewerkschaften hat auch die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten, die die Sekretariate in Anspruch nahmen, gegen 1918 erheblich gesteigert. Von allen Auskunftsnehmenden des Jahres 1919 waren 451 766 = 70,9 Proz. Mitglieder von Gewerkschaften.

Die Zahl der Auskünfte betrug 693 096, gegen 563 558 im Vorjahre. Es kommen im Durchschnitt auf jedes berichtete Sekretariat 5775 Auskünfte, dagegen 1918 5170. Es ergibt sich demnach eine Vermehrung der Durchschnittszahl um 605, die einen erhöhten Umfang der Tätigkeit bezeugt. Von den gesamten Auskünften im Jahre 1919 wurden 616 750 mündlich und 49 265 schriftlich erteilt.

Die Zahl der 1919 ausgefertigten Schriftsätze betrug 185 339. Es kommen davon auf die Arbeiterversicherung 33 583, auf Arbeits- und Dienstverträge 18 097, auf das bürgerliche Recht 29 128, auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 39 872, auf das Strafrecht 8812 und auf sonstige Sachen 29 935.

Aber persönliche Beratungen vor Ämtern und Gerichten machten 101 Sekretariate Angaben. Es wurden insgesamt 4854 Beratungen, 539 mehr als im Vorjahre, ausgeübt.

Aber den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen vertretenen Rechtsfällen erzielten, machten 80 Sekretariate Angaben. Dieses wurden in 3554 Fällen der Ausgang des Rechtsstreites bekannt. Davon waren 27080 erfolgreich und 8461 bleiben erfolglos.

Die Rechtsauskunftsstellen der Ortsauskünfte. Während des Krieges ist eine erhebliche Verminderung der Rechtsauskunftsstellen eingetreten. 1913 waren an der Richterstattung 232 — die Höchstzahl von allen Berichtsjahren — beteiligt. Die Besetzungsziffer wurde dann mit jedem Jahre geringer, sie sank bis auf 107 im Jahre 1918. Nun ist wieder eine Vermehrung der Zahl der berichtenden Auskunftsstellen eingetreten. Es fanden 154 Orte verwendungsfähige Richterposten ein, davon machten 146 vollständige Angaben über ihre Tätigkeit. Diese erteilten insgesamt 57 852 Auskünfte. Schriftsätze wurden von 116 Auskunftsstellen insgesamt 18 773 ausgefertigt. Beratungen vor Ämtern, Gerichten und Behörden übten 50 Stellen aus, die Gesamtzahl der Beratungen beläuft sich auf 433. Wegen des Vorjahrs ist eine Vermehrung der Zahl der Auskünfte um 20 597 eingetreten. An dieser Vermehrung haben alle Sachgebiete Anteil bis auf das Gebiet der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten. Hier ging die Zahl der Auskünfte von 15 006 im Jahre 1918 auf 10 736 im Berichtsjahre zurück.

Verstaatlichung oder Freiheit der Heilkunde?

Die so sehr gewünschte Verstaatlichung erscheint dem Medizinpolitiker gerade auf dem Gebiete der Heilkunde nicht angebracht. Das heutige elende Krankenkassenwesen würde mit der Verstaatlichung der Ärzte usw. noch weiter um sich greifen. Würde sich das deutsche Volk nicht noch mehr Drohnen züchten? Bedenken wir, daß heute auf 1500 Deutsche ein Arzt oder besser gesagt auf einen Arzt 1500 Deutsche kommen und in absehbarer Zeit sich die Zahl der Ärzte bedeutend vergrößern wird; lo daß bald auf einen Arzt 1000 Deutsche entfallen. Die Staatsmediziner würden in ihrer Machtstellung die erfolgreichsten, unschädlichen Volksheilmethoden, wie Naturheilkunde, Homöopathie, Biochemie usw., gänzlich unterdrücken und die verächtlichsten Zwangsimpfungen und Serumpräparationen dem Volk aufzwingen. Wo bleibt da die persönliche Freiheit, das erste Recht des Menschen, nämlich das über seinen eignen Körper? Die ungeheuer große Anhängerzahl der Naturheilmethode, Homöopathie und Biochemie geht heute trotz der Zugehörigkeit zur Krankenkasse noch nebenbei zu den Heilkräften ihres Vertrauens. Die meisten Mediziner, die von Heilmitteln verschrieben werden, wandern in die Wasserleitung. Ungeheure Volksvermögen gehen dadurch verloren. Die Krankenkasse ist mehr für die Massenbeamten und Ärzte da als für den Kranken.

Es ist kaum glaublich, daß sich das deutsche Volk ein solches menschenunwürdiges System wie die heutige Krankenkasse gefallen läßt. Jedes Klassenmitglied wird wohl den Unterschied zwischen Private und Klassenbehandlung kennen. Für den hohen Klassenbeitrag kann ich doch eine menschenwürdige Behandlung und die Heilmethode verlangen, die mir zuteil würde, wenn ich nicht Mitglied der Klasse wäre und selbst bezahlte, was ich dann wohl könnte. Warum muß ich nebenbei als Anhänger der Naturheilkunde oder Homöopathie usw. und als Gegner der Giftmedikation trotz des hohen Klassenbeitrags den Heilkundigen meines Vertrauens und die Heilmittel selbst bezahlen? Für notwendigen Zahnarzt muß ich als Klassenmitglied auch selbst sorgen und die Zahl der vom Zahnarzt für notwendig erachteten Zementfüllungen wird vom Vertrauensarzt nach Rentenquerschnitt verringert. Bäder, Massage usw. müssen erst mit diesen Umständen durch die Klassenärzte verschrieben werden, damit der Arzt auch etwas davon verdient, wenn er sie überhaupt verschreibt und nicht lieber Aspirin zu schlucken gibt.

Das heutige Klassenloos erzieht den Menschen zum Schandrian in gesundheitlichen Dingen. Wenn man krank ist, hat man ja treue Behandlung und kann die Sorge für die Gesundheit dem Arzt überlassen. Anders wäre es, wenn man für Aufklärung über Gesunderhaltung sorgte und den Mitgliedern, die sich gesund erhalten und lange Zeit keine Krankenkasse in Anspruch nehmen, als Belohnung dafür einen entsprechenden Erholungsurlaub gewähren würde. Doch das ist nur ein guter Gedanke.

Oh Verstaatlichung oder nicht, für das erste Sorge man dafür, daß das Klassenmitglied die Behandlung erhält, die es sich selbst wählt, und lasse entweder Naturheilkundige und Homöopathen zur Klassenbehandlung zu oder erstalte den Klassenmitgliedern die Kosten für erfolgreiche Kuren zurück zum Wohle des Kranken wie zum Wohle der Gesamtheit.

Berlin-Neukölln. Erwin Pretlich.

Korrespondenzen

H. Imberg. Am 24. Oktober fanden sich hier die Kollegen von Sulzbach sowie der Ortsverein Imberg ein, um die vom Gau in Regensburg beschlossene Gründung des Bezirksvereins zu vollziehen. Nach einleitenden Worten durch den Vorliegenden des Ortsvereins Imberg, Kollegen Brudner, in denen dieser bedauerte, daß von den Kollegen der kleineren Dörfer, wie Schwandorf, Cham, Burgengenfeld usw., trotz Einladung keiner vertreten war, und einem Referat des Kollegen Schindler (Regensburg), das die tarifliche, organisatorische Lage des Buchdruckergewerbes sowie die Verbrüderungssituation behandelte, wurde die Gründung beschlossen. Als Vorsitzender wurde Kollege Winkler (Imberg) und als Kassierer Kollege Thoma (Imberg) gewählt. Der Beitrag zur Bezirkskasse wurde auf wöchentlich 20 Pf. festgesetzt. — Nachmittags vereinigten sich die Kollegen zu einer gemütlichen Unterhaltung.

Ansbach. In Ausführung des auf dem Regensburger Gau tag gefassten Beschlusses, den Gau in Bezirke einzuteilen, fanden sich am 23. Oktober außer unsern Mitgliedern auch noch 18 Kollegen vom Ortsverein Rothenburg o. d. T., 4 Kollegen aus Gunzenhausen und ein Kollege aus Windsheim hier ein, um die Gründung des Bezirksvereins Ansbach zu vollziehen. Die ebenfalls verständigten Kollegen der dem Bezirksverein angeschlossenen Orte Dinkelsbühl, Freuchwangen, Neuenbesselsau und Affenheim waren leider nicht erschienen. In seinen einleitenden Worten hob der Vorliegende unsern Ortsvereins, Kollege Würmdobler, die Bedeutung und den Wert der Bezirksvereine hervor, durch deren Bildung neben der organisatorischen Aufgabe auch eine Neubelebung kollektiven und beruflichen Geistes gewährleistet wird. Darauf trat man in die Beratung eines bereits kommissionell ausgearbeiteten Statutenentwurfs ein; das Statut selbst wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen. Dasselbe enthält u. a. auch die Bestimmung, daß alljährlich im Frühjahr und im Herbst eine Bezirksversammlung stattzufinden hat, über deren Tagungsort die jeweils vorhergehende Versammlung entscheidet; als Ort für die nächste Versammlung wurde Burgbernheim bestimmt. Auch die Entziehung eines Bezirksbeitrags wurde statutarisch bestimmt, er beträgt pro Mitglied und Woche 20 Pf. Dieser Betrag soll insbesondere im Interesse eines regeren Versammlungsbesuchs zu Fahrgeldzuschüssen verwendet werden. Bei der Wahl zur Vorstandskasse war man allgemein der Ansicht, daß wenigstens die Verwaltungsmitglieder der Bezirkskasse stellen soll, da hierdurch ein übersichtlicheres Arbeiten weit eher gewährleistet wird, als wenn die Vorstandskasse aus verschiedenen Orten verteilt ist. In die Vorstandskasse des Bezirksvereins wurden die Kollegen Würmdobler als Vorsitzender und Schab als Kassierer gewählt. Bei der Aussprache über die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse in den einzelnen Dörfern wurde von den jeweiligen Kollegen Bericht erstattet über die Anzahl der beschäftigten Gehilfen, der Lehrlinge, der Arbeitzeit und Entlohnung. Die tariflichen Verhältnisse in den Druckereien sind als zufriedenstellend zu bezeichnen. Leider mußte von einzelnen Berichterstattern auch Klage geführt werden über herrschenden Arbeitsmangel, während andererseits ein Fall von Schmutzkonkurrenz konstatiert wurde, der eine scharfe Kritik zollte. Hier Wandel zu schaffen, wird eine der ersten und vornehmsten Aufgaben des neugegründeten Bezirksvereins sein. — Gleichzeitig sei erwähnt, daß auch die Verbrüderungsoffizianten am hiesigen Orte dringlich ist. Es wurde bereits am 3. Oktober eine Versammlung abgehalten, in der sich die Vorstandskasse gebildet hat, die sich aus drei Gehilfen (mit

Kollegen Koch als Vorsitzendem) und drei Lehrlingen zusammensetzt. Der jungen Organisation gehören sämtliche am Orte befindlichen 16 Lehrlinge an. Mögen die beiden frischen Kräfte am Baume unres Verbandes sich zu rechter Blüte entfalten und erfolgreich und nützlich wirkend zum Wohle und zum Segen unres Gewerbes!

Bremervahren und Umgegend. Zu einer äußerst würdigen und eindrucksvollen Feier gestaltete sich das Jubiläum unrer „Typographia“, die in diesem Jahr auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Viele alte Mitglieder von außerhalb und die zahlreichen Freunde des aufstrebenden Vereins hatten des Ehrentages gedenkt. Mit einem Empfangsabend am 30. Oktober wurde die Feier eingeleitet. Ihm folgte am Morgen des eigentlichen Festtags, 31. Oktober, ein Frühstück, der die auswärtigen Gäste mit den hiesigen Kollegen vereinte. Die Hauptveranstaltung der Feier war das am Nachmittage des 31. Oktober in der schönen Aula des Realgymnasiums vorgesehene Jubiläumskonzert unter Mitwirkung geschäftiger Solisten der hiesigen Oper. Vor ausverkaufter Saale konnte die wadiere Sängerschaft erneut ihren guten Ruf auf gelanglichem Gebiete befestigen. Das Konzert war ein voller Erfolg. Künstlerisch ausgeführte Drucksachen, die aus einem Wettbewerb des hiesigen Typographischen Vereins hervorgegangen waren, neben der Jubiläumstorte eine würdige Umrahmung. Das inbaltlich und in der äußeren Ausmachung prächtige Festbuch wurde von der „Nordwestdeutschen Zeitung“ hergestellt, die geschmackvolle Hangerkarte von der „Norddeutschen Volksstimme“, die Niederlegte von der „Provincial-Zeitung“ und die in ihrer künstlerischen Ausmachung hervorragenden Chronikanten für die Gründer von der Buchdruckerei Otto Kemmler. Sämtliche Drucksachen wurden von den erwähnten Firmen gestiftet. Außerdem überwies der Verlag der „Nordwestdeutschen Zeitung“ dem Niederfonds 300 Mk. und der der „Provincial-Zeitung“ 150 Mk. Am Abend vereinigte sich der festgebende Verein mit seinen Gästen im Vereinslokal „Lloydhotel“ zu einer stimmungsvollen Feier. Die Größe des geschäftstreibenden Ausschusses vom Nordwestdeutschen Buchdruckerfängerbund überbrachte Kollege Friede (Samburg), die des „Gutenberg“ (Bremen) Kollege Oskert; der ehemalige Gauvorführer von Nordwest, Kollege Osticka (Bremen) dankte namens der Auswärtigen für die gastliche Aufnahme, Kollege Ullrich (Bremervahren) stiftete den Dank der Gründer ab. Der Vereinsvorsitzende, Kollege Winkler, stiftete allen Erschienenen Dank ab, ging kurz auf markante Erscheinungen im Vereinsleben ein, nahm die Ehrung der anwesenden Gründer vor und gab Kenntnis von den zahlreich eingegangenen Glückwunschkarten und Telegrammen. Es wird für die vielen ehemaligen Mitglieder unrer „Typographia“, die in allen Ecken Deutschlands zu finden sein dürfen, von Interesse sein, zu hören, daß der Verein sich aus kleinen Anfängen heraus zu künstlerischer Höhe entwickelt hat. Die glänzenden Presseerfolge, nämlich des Jubiläumskonzertes, des dem langjährigen verdienstvollen Leiter der „Typographia“, Herrn Reallehrer C. P. Meier, gebührt hiervon hervorragender Anteil.

Dorfmund. Am 23. Oktober fand die erste Generalversammlung der Verbrüderung statt, nachdem bereits im September eine allgemeine Eltern- und Verbrüderungsversammlung vorausgegangen war. Erschienen waren neben einer stattlichen Anzahl Verbrüderungen auch einige Verbrüderungsleiter hiesiger Druckereien. Der Vorsitzende der Verbrüderungsabteilung, Kollege Raab, begrüßte die zahlreich Erschienenen. Hierauf richtete unser Bezirks- und Ortsvorsitzender Schippers einige ermahnen Worte an die Verbrüderungen und hob besonders die Rechte und Pflichten derselben hervor, streifte den Werdegang der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der organisatorischen und tariflichen Entwicklung im Buchdruckergewerbe im besonderen und ermahnte die Verbrüderungen, an den Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen der Verbrüderungsabteilung regen Anteil zu nehmen. Durch reges Zusammenarbeiten von Verbrüderungen und Gehilfen werde es möglich sein, die Verbrüderungen zu tüchtigen Gehilfen und vor allem auch zu tüchtigen Verbandskollegen heranzubilden. Diese Worte fanden allgemeinen Beifall. Nachdem die Wahl der Verbrüderungen zum Ausschuss vollzogen war, wurde noch angeregt, für die Verbrüderungsabteilung eine Bibliothek zu schaffen und der Ortsverein, die Graphische Vereinigung sowie auch die Sparten versprochen, diese Bestrebungen zu unterstützen. Von Seiten der Verbrüderungen wurden noch verschiedene Mängel in hiesigen Druckereien zur Sprache gebracht. Zum Schluß erforderte der Vorsitzende noch, die Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen recht zahlreich zu besuchen und recht tätig zu sein, um zukünftige Veranstaltungen der Verbrüderungsabteilung recht interessant und reichlich zu gestalten und die Lust aller Verbrüderungen zum Berufe zu beben.

Seibe (Hollf.). Die Versammlung am 23. Oktober war von 17 Kollegen besucht. Nach Erstattung des Starfellberichts referierte Kollege Lorenzen (Kiel) über: „Zelt und Streifzügen“. Der Referent streifte die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse innerhalb des Gewerbes. Die große Arbeitslosigkeit, verfallene Arbeitszeit, Betriebsstilllegungen, der Stand der Walfas fanden eingehende Erwähnung. Die Generalversammlung in Nürnberg, Gründung der Verbrüderungsabteilung und die kommende Tarifrevision fanden volle Würdigung. Die Anträge der Gehilfen, wie auch die Prinzipalsanträge wurden eingehend besprochen. In seinem Schlusswort ermahnte Kollege Lorenzen die Anwesenden, stets einig zu sein. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine vor trefflichen Ausführungen. Bei der Besprechung über die Verbrüderungsabteilung wurde Kollege Görs vom Bezirksvorsitzende zum Vorsitzenden der Verbrüderungsabteilung ernannt. Durch eine Eingabe an das Gewerkschaftsamt soll erreicht werden, mehr Einfluss in die Berufsberatung zu erhalten. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, einige

